auditorium 48

Juli 1967

C 20825 F



NACH-RUF

ROMAN RITTER

wenn die fahnen nicht auf halbmast wehen
wenn kein trauermarsch gespielt wird
wenn es kein großer verlust für deutschland war
wenn die todesnachricht
im nebensatz bekanntgegeben wird
wenn alles halb so schlimm ist
wenn keine straßen umbenannt werden
wenn der trauerzug staatszersetzend ist
dann heißt das:

ein student wurde erschossen
dann heißt das:
die ordnung ist wiederhergestellt
dann heißt das:
bitte keine aufregung
dann heißt das:
warum auch warum auch nicht

was ist ein toter student
gegen die grazie der jugendlichen kaiserin
gegen ein festliches dinner
mit getrüffeltem kalbsrahmbraten
büsumer krabben und knusprigem gebäck
was ist das
gegen das entzückende grüne hütchen
der schahbanu

dann heißt das
was ist denn so ein toter student
gegen das graumelierte haar des würdenträgers
gegen die eintragung ins goldene buch
gegen den pfau auf dem pfauenthron
schah in schah „den heroischen
könig der könige licht der arier"
palastbesitzer und herrscher
über zahllose analphabeten minderjährige teppichknüpfer
hungernde bauern und satte geheimpolizisten

dann heißt das:
was werden zwei oder drei tote sein
gegen einigkeit und recht und freiheit
für das deutsche vaterland
gegen schwarz rot gold und händeschütteln
gegen die seriösen staatssekretäre
gegen die entzückenden gelben hüte ihrer damen
und gegen die gleichheit und freiheit derer
die den tausendmarkschein nicht umdrehen müssen

dann heißt das:
was werden schon fünf oder sechs tote sein
gegen das herstellen einer ganz gewissen ordnung
gegen das festliche dinner
mit getrüffeltem kalbsrahmbraten
büsumer krabben und knusprigem gebäck
aus anlaß der feierlichen erklärung des notstands
gegen die entzückenden blauen hüte
unserer jungs von luftwaffe polizei und marine
gegen die gottesfurcht des regierenden pastors
demokrat über zahllose bildleser
satte besserwisser büttel und mitläufer

dann heißt das:
was werden schon so ein paar tote sein
gegen deutsche frauen deutschen wein
deutsche lande deutschen sang
deutsche werte deutsche denker
deutsche ordnung und
deutsche mark

dann heißt das:
die fahnen wehn
der triumphmarsch dröhnt
die ordnung ist wieder einmal hergestellt
der ehrensalut
traf in den hinterkopf

Inhalts-übersicht

Nachruf . . . . U. 2

Editorial und Kommentar . . . . S. 1

Kommentare . . . . S. 2

Der Nihilismus des Friedens . . . S. 3

Auf dem Rücken der Studenten . . S. 6

Mandat ohne Auftrag? . . . . . . S. 7

Der neue Hochschulführer . . . . S. 8

Rowdies, Gammler und Schmarotzer S. 9

Das Gewinsel der Reaktion . . . S. 11

Der Aufstand geht weiter . . . . U. 3

auditorium

Hamburger Studentenzeitschrift

Ausgabe Juli 1967 / Verlagsort Hamburg
Chefredakteur (verantwortlich): Holger Oehrens
Stellv. Chefredakteur: Rolf Schübel
Allgemeines: Siebo Hagena
Hochschule und Politik: Frank Teichmüller
Mitarbeiter: Helga Bauer, Peter Schütt, Arnold Svenson, Dirk Siefer, Sven G. Papcke, Hans-Josef Schmitz, Wolfgang Kiehn, Karsten Randorf, Roman Ritter, Achim [illegible]
Graphik: Heiko Tepper, Michael Ronpf
Herausgeber: AStA der Universität Hamburg

Verkaufspreis: —,50 DM

Für Studenten der Universität Hamburg kostenlos.
Erscheinungsweise: Sechsmal im Jahr, dreimal im Sommersemester und dreimal im Wintersemester / Zur Zeit gilt Anzeigentarif Nr. 7 / Bankverbindung Dresdner Bank, Harvestehude 440 20

Druck: A. Pockwitz Nachf. Karl Krause, Stade/Elbe, Poststraße 11—15

Auflage dieser Ausgabe 10 000 Exemplare / Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Unsere Krise

Die Hamburger Studentenschaft wird von einer permanenten Regierungskrise heimgesucht. Ein Interregnum jagt das andere. In diesem ereignisreichen Sommersemester wurde mehr kommissarisch verwaltet als ordentlich regiert.

Jetzt ist es wieder einmal so weit. Der vierte AStA-Vorstand innerhalb von vier Monaten steht uns ins Haus.

AStA-Chefin Helga Bauer, die immerhin drei verschiedene AStA-Vorstände durchgestanden hatte, scheiterte ein letztes Mal an ihrem Partner-Funktionär. Sie trat zurück als der Mißtrauensantrag bereits auf dem Tisch lag. Doch nur, um am Ende der turbulenten Sitzung erneut mit ihrem glücklosen Kompagnon Felix Willmeroth kommissarisch ernannt zu werden. Diesmal nur für eine Woche. Dann nämlich wollen die nachdrängenden Jungtürken von der SHB-Fraktion endgültig die Macht im Hamburger Studentenparlament übernehmen. Mit Fraktionsdisziplin, denn Zwang wäre unzulässig, und einem Kandidatenpaar, dessen Chef-Aspirant bereits bei seiner Vorstellung unter massiven Beschuß von links und rechts geriet.

Der progressive Flügel argwöhnt — vielleicht mit Recht —, daß der ehrgeizige Hilfsassistent Norbert Jankowski auf dem linken Auge ähnlich blind sein könne wie die SPD (auch wenn er weder ihr noch dem SHB angehört) und taktisch kluges Lavieren, das ihn schon so weit gebracht, könne ihm mehr bedeuten als der undankbare Kampf um schwer zu erobernde Stellungen. Die Herren Reaktionäre aber wittern eine Verschwörung der Linken und grausen sich bei dem Gedanken, gegen die Durchschlagskraft einer organisierten Fraktion noch weniger ausrichten zu können als bisher.

Im Hintergrund aber zieht der stellvertretende Bundesvorsitzende des SHB, Jens Litten, die Fäden und hofft auch dann noch die Richtlinien der AStA-Politik bestimmen zu können, wenn seine Kandidaten in Amt und Würden sind. So sehr vertraut er der Fraktionsdisziplin . . .

Die reguläre Arbeit des Studentenparlaments aber liegt seit Semesterbeginn auf Eis, und die Zahl der unerledigten Tagesordnungspunkte steigt von Sitzung zu Sitzung, in denen sich (notwendige) politische Grundsatzdebatten und müßiges Geschäftsordnungsgezänk mit Vorstands- und Präsidiumswahlen abwechseln.

Die Herren aber, die Hochschulpolitik am liebsten ohne die Studenten machen wollen, reiben sich die Hände und fühlen sich in ihrer autoritären Ansicht bestätigt, daß Studenten als gleichberechtigte Partner ein Ding der Unmöglichkeit seien.

Es liegt an uns, sie eines Besseren zu belehren. Aber schnell muß es gehen!

Oe

Ade, lieber audi-Leser!

Still im Aug' erglänzt uns die berüchtigte Träne und Ihnen hoffentlich auch, wenn Sie erfahren, daß dies die letzte audi-Nummer unserer Redaktion ist.

Aller guten Dinge sind acht, sagen wir, und strecken die Feder. Seit Anfang des Sommersemesters 1966 haben wir Zeit und Mühe in diese Zeitung gesteckt, um Ihnen etwas zu bieten. Das Studium stand meistens leise weinend in der Ecke. Jetzt fordert es lautheis sein Recht. Das heißt: Chefredakteur und Stellvertreter wollen von nun an arbeiten, wie man so schön sagt. Dem (unter anderem) politischen Redakteur fiel ebenfalls nichts besseres ein, und der Redakteur für Allgemeines geht nach Marburg; das kann man verstehen, denn er studiert Politik und Soziologie.

Und nun der für solche Gelegenheiten fast obligatorische Satz: Es war trotz manchem eine schöne Zeit! Für uns und manchmal vielleicht auch für Sie, wenn Sie das Resultat unserer aufreibenden aber stets im besten Sinne demokratischen Redaktionssitzungen schließlich in den Händen (und hoffentlich nicht sonstwo) hatten.

Zumindest können wir, im Gegensatz zu unseren Vorgängern, in Anspruch nehmen, daß die von uns gemachten Hefte schnell Verbreitung fanden und wohl auch gelesen wurden. Dafür spricht, daß anfangs spärlich tröpfelnde Leserzuschriften allmählich zu einer kleinen Flut anschwollen, so daß wir aus Platzmangel inzwischen auf den Abdruck verzichteten. Schweren Herzens, denn manch bitterböses Wort kam just aus jenen politischen Ecken, von wo wir Lob als kränkend empfunden hätten; manch bedenkenswerte Kritik hätten wir gern unseren Lesern weitergegeben, auch wenn wir es für richtig hielten, sie nicht zu beherzigen, und mit manch lobender Ermutigung hätten wir uns gern selbst auf die Schulter geklopft.

Es ist eben schwierig, den richtigen Weg zwischen wissenschaftlicher Analyse und allgemeiner Lesbarkeit zu finden. Kritik gab es von beiden Seiten. Und politische Ansichten — die sind ein weites Feld; nicht umsonst werden die meisten Wirtshauskeilereien auf ihm ausgetragen.

So sind wir also schon zufrieden, wenn wir ein dialektisches Stückchen oder ein Stückchen Dialektik zur berühmten — und notwendigen — Politisierung der Studentenschaft beigetragen haben.

Ihre
audi-Redaktion

Holger Oehrens   Siebo Hagena
Rolf Schübel   Frank Teichmüller

[redacted]

Die Wahl ist vorbei, die ersten Kommentare sind überstanden. In exakter bundesdemokratischer Nacheiferung haben alle Seiten gesiegt, lediglich die „Radikalen" mußten eine schwere Schlappe einstecken. Wer behauptet noch, die Studenten verspürten ein „Unbehagen"? In Köln dominierten konfessionelle Zusammenschlüsse, in der Springer-Zentrale Hamburg übernimmt der AStA die Informationspraxis und das Vokabular des Pressezaren bzw. der Staatsparteien. So werden große persönliche Erfolge gemeldet, AStA-Referenten werden als Wahllöwen herausgestrichen, während der „Durchfall" des Parlamentspräsidenten und des Referenten für Studienberatung mit keinem Wort Beachtung finden. Beglückt wird die Gelegenheit beim Schopfe ergriffen, andere politische Meinungen wie die des SDS, mit dem der AStA noch bei den letzten Vorfällen eng zusammenarbeitete, jetzt plötzlich als radikal zu disqualifizieren. In BILD-Manier wird das politische Bewußtsein der Wähler gelobt. Man läßt sich nicht „radikalisieren", man wählt immer schön die Mitte, höchstens noch ein Mitglied des rechts-außen RCDS, „der sich sonst von allen gemeinsamen studentischen Bemühungen distanziert". (Die Welt.)

Ist dann mit der gestiegenen Wahlbeteiligung ein „Erfolg" zu verzeichnen, so werden nicht die politischen Ereignisse der letzten Zeit herangezogen, sondern der universitätsinterne Grund des Strebens nach partnerschaftliche Verwaltung. Ohne dieser ihre Bedeutung absprechen zu wollen, erhebt sich die Frage, ob auch der AStA die Absicht hat, den propagierten politischen Studenten auf seinen Hörsaal zu beschränken. Der erhebliche Anstieg der Wahlbeteiligung ist vielmehr eindeutig eine Folge der letzten Vorfälle und der damit verbundenen Diskussionen. Hierin hätte gerade auch der regierende AStA einen Erfolg seiner politischen Tätigkeit sehen können und müssen.

Durch die Wahlmüdigkeit der Juristen ist allerdings die Wahlbeteiligung insgesamt nur um 4 Prozent, bzw. im Vergleich zum SS 66 um 6 Prozent, angestiegen. Betrachtet man die Einzelergebnisse, so ist man um so mehr verwundert. Was ist bei den Juristen los, die im WS 66/67 dem damaligen Fachschafts- und Wahlleiter (!) Uhlendorf einen „persönlichen Triumph" (Hamburger Abendblatt) bescherten? Damals stieg die Beteiligung um 15 Prozent, während sie dieses Mal um 15,8 Prozent absank. Heute kann man nur noch munkeln bzw. die Spekulation anstellen, daß Herr Uhlendorf über einen 15 Prozent starken persönlichen Anhängerstamm in der Juristischen Fakultät verfügt. Neidvoll betrachten andere Parlamentarier dieses Phänomen!

Zu erwähnen ist noch der Vorschlag, im Parlament Fraktionen entsprechend den politischen Gruppierungen zu bilden. Auf diese Art und Weise könnte es endlich gelingen, die ewig unsicheren, d. h. nicht berechenbaren, Abstimmungsergebnisse im Parlament mit Hilfe des Fraktionszwanges, großer Koalitionen u. ä. in den Griff zu bekommen. Auch könnte man dann unbequeme Gruppen auf bestimmte Flügel setzen, um von vornherein jede Kritik als „vom radikalen Flügel kommend" bequem zu übergehen. Endlich wäre die Universität restlos „demokratisiert". Notfalls könnte man den SDS als verfassungsfeindlich verbieten, die Zustimmung von Regierung und Öffentlichkeit ließe nicht lange auf sich warten.

Ein rationaler Wählerwille läßt sich angesichts der offensichtlichen Systemlosigkeit mit der gewählt wurde, kaum zur Begründung heranziehen. Weder Schönheit des Angesichts noch Ämter oder gar politische bzw. unpolitische Ambitionen wurden nach einheitlichen Gesichtspunkten honoriert. Auch die gerühmten Wahlgemeinschaften haben den Wähler nicht gebündert. Zwar war das Programm schön allgemein gehalten, vom Mensaessen bis zum audi-Honorar, von der Cafeteria bis zur Durchfallquote, aber gewählt wurden doch nicht alle. Das heißt ein „Erfolg" ist auch hier zu verzeichnen. An der Phil.-Fak. wurde eine Gemeinschaft „im Ganzen" gewählt. Sie bestand laut Wahlzeitung aus zwei (!) Kandidatinnen.

So bietet das letzte Wahlergebnis Vielen Etwas, ohne daß allerdings eine exakte Aussage gemacht werden kann. Positiv ist lediglich die erhöhte Wahlbeteiligung zu vermerken. Ob das Interesse anhält, bleibt bis zu den nächsten Wahlkommentaren fraglich. Auf jeden Fall werden wieder große Erfolge zu verzeichnen sein.

lt

Fachidioten

Unter dem Zwang der Ereignisse fand sich in den vergangenen Wochen mancher Professor bereit, mit seinen Studenten über Probleme zu diskutieren, die außerhalb seines Faches lagen — als Privatmann, als politisch interessierter Bürger. Andere hielten diese Diskussionen für überflüssig; sie seien tätig als Wissenschaftler, als wertfrei arbeitende Lehrer und Forscher, ihre private Meinung über politische Ereignisse gehöre ins Private, nicht aufs Katheder.

Beide Gruppen kennzeichnet dieselbe Abstraktion der Wissenschaft von ihren gesellschaftlichen Bedingungen, die nun schon seit Jahrzehnten den deutschen Wissenschaftlern das gute Gewissen für ihr politisches Versagen schaffen soll.

Der Staat ermöglicht Forschung und Lehre — er tut es zu seinem eigenen Nutzen. Deshalb auch gewährt er Lehr- und Forschungsfreiheit, er hofft auf schnellere Ergebnisse. Dies wird von den Betroffenen gar nicht begriffen als historisch-politischer Boden heutiger Wissenschaft, sondern gleichsam als Naturgesetz genommen, keiner Perversion fähig, keiner Erhaltung durch aktives Bemühen der Wissenschaftler bedürftig.

Es ist ja viel einfacher, sich auf sein Fach zu konzentrieren, ein Fachidiot zu werden (Idiot hieß bei den Griechen, wer unfähig war, sich um Politik zu kümmern — der Privatmann), als die für die Wissenschaft relevanten politischen Momente in die Wissenschaft zu integrieren.

Diese Ignoranz ist für Deutschland geradezu tragisch; kein anderes Land verfügt über so viel Anschauungsmaterial von der Abhängigkeit zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, in der sie betrieben wird. Vergessen wie ein böser Traum sind Verfolgung Gelehrter aus rassistischen Gründen, die Experimente von Medizinern in KZs, Euthanasie; Germanistik und Slawistik im „Dienste des Volkes".

Es gibt keine Wissenschaft, die frei von der Reflexion auf ihre gesellschaftliche Funktion ist. Hier hat der Wissenschaftler als Wissenschaftler seine politische Aufgabe. Wird sie nicht erfüllt, helfen weder die sogenannte innere noch die tatsächliche Emigration, wenn es „zu spät" ist.

Zwar sollte eine Gesellschaft auch Fachidioten tolerieren können, aber deren Idiotie zur Richtschnur wissenschaftlicher Betätigung zu machen, ist untragbar.

Von den Professoren müssen Fähigkeit und Wille gefordert werden, ihre Tätigkeit an der Universität zu beziehen auf die Gesellschaft, von der sie — ob sie wollen oder nicht — eine abhängige Größe sind.

wk

Schinderei

Parallel-Lehrstühle sind ein Hilfsmittel, den Ausbildungs-Notstand an überfüllten Universitäten zu lindern. Ihren Inhabern steht es frei, differierende Lehrmeinungen zu vertreten. Dieser Aspekt der akademischen Freiheit kann dazu führen — muß aber nicht —, daß an sechs Lehrstühlen, beispielsweise der Betriebswirtschaft, im Extremfall sechs verschiedene Lehrmeinungen auf den Studenten eindringen. Dabei kommt es vor, daß verschieden denkende Professoren einander nicht mehr tolerieren, ja, sich verfeinden.

Der Student hat nun die Qual der Wahl. Hat er sich eben in ein Lehrsystem eingearbeitet, muß er schleunigst dazu übergehen, die anderen zu studieren, denn er weiß nicht, zu welchem Professor er ins Examen kommt. Eine bestimmte Lehrmeinung aber am falschen Platz kann ihm auf der Stelle ein „da capo" eintragen.

Hier wird die, sicher notwendige, akademische Freiheit des Lehrens und Lernens zur baren Schinderei. Darum ein Vorschlag zur Beendigung dieser Misere: Nach bestandenem Vorexamen schreibt sich jeder Student bei einem Professor seiner Wahl ein. Hier weiß er, worauf er sich vordringlich zu konzentrieren hat und macht sein Examen mit der Gewißheit, bei ordentlicher Vorbereitung nicht über spezifische Ausdrucksformen oder abweichende Lehrmeinungen stolpern zu können, und er vermeidet über mögliche professorale Animositäten zu Fall zu kommen.

ljs

Feste Herzensbindungen, gute Vorsätze, ein widriges Studentenparlament und andere Dreibastigkeiten setzten den Chefredakteur außer Gefecht. Den anderen Redakteuren geht es ähnlich. Frauen, die uns haufenweise zuliefen, hatten nach langen Nachtsitzungen oft verweinte Augen. Sie fordern ihr Recht und mehr. So werfen wir die Feder ins Korn. Unsere Plätze werden frei! Das ist Ihre Chance! Wenn Sie von Frauen verehrt und angebetet sein wollen, dann übernehmen Sie das audi. Die Herzen fliegen Ihnen zu. Schluß mit Frustration und Kontaktarmut! audi macht's möglich. Geld, Ärger und Auskunft durch den AStA. Und noch ein Trost: Unsere höhnischen Leserbriefe werden Sie begleiten.

audi

Der Nihilismus des Friedens

Von Sven G. Papcke

Entsprechend der Marxschen Einsicht, daß die Ideen der Herrschenden zumeist die herrschenden Ideen sind, konnte in der BRD die Friedensforschung kaum Fuß fassen. Hier, wo Pazifisten immer zur „lunatic fringe" zählen, siedelt auch heute die Meditation über den Frieden noch im privaten Bereich. Einzig Professor Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker, 55, gelang es, die Anonymität der Gegenmeinung zum herrschenden Establishment zu durchbrechen und mit seinen Friedensbildern Publicity zu erringen.[1]

Weizsäckers Arbeiten rotieren um die Vorstellung des Friedens als einer, wie man es nennen könnte, „machtmäßigen Gleichgewichtigkeit". In ihr wird der Krieg als Mittel der Politik zwar durch den Sachzwang allseitiger Zerstörungsmittel in Frage gestellt. Er wird aber nicht in einer solidarischen Anthropologie überwunden, er kann nicht überwunden werden, weil Weizsäcker den weltpolitischen Gegner, Kommunisten und Revolutionäre, nur durch die Brille des aufgenötigten kooperativen Planzwanges angesichts der explodierenden Weltprobleme ortet. Weizsäckers hoffnungsvoller Begriff des Planens verrät daher auch alle Züge der Ideologie einer „nachideologischen Epoche" (Schelsky), in der es zwar nolens volens zu einer Zusammenarbeit mit dem weltpolitischen Gegner kommen muß — um die eigene Ordnung nicht zu gefährden —, in der aber nur Sachgesetze, in der ein Notstand den Entschluß zur freiwilligen Zusammenarbeit abnimmt, in der also das politische Handeln zum bloßen Reagieren wird.

Obwohl laut Weizsäcker „der Weltfriede ... wahrscheinlich mit technischer Zwangsläufigkeit"[2]) entsteht, kommt er völlig unpolitisch, letztlich ungewollt. Planung und globale Organisation entspringen nicht einem moralischen Diktum, sondern stehen unter dem Scheinzwang des objektiv Gültigen. Die von Weizsäcker geforderte „politische Absprache"[3]) zwischen den „großen Gegenspielern" verlangt vielleicht noch eine „moralische Anstrengung ..., damit der Friede in menschenwürdiger Gestalt kommt"[4]), sie entspringt aber nicht einem ethischen Verantwortungsgefühl, das etwa eine Selbstbefreiung der Dritten Welt begrüßt, das die Eigenart des Gegners akzeptiert und ihn damit als gleichwertig anerkennt. Erst dann aber stünde eine friedliche Entwicklung zum Frieden offen. Weizsäckers Modell des Friedens enthüllt sich hingegen letztlich als unpolitisch, ja als unmoralisch, als eine „allgemeinverbindliche Ethik des Lebens inmitten der Technik"[5]), da in diesem Frieden das bloße Überleben schon sittliches Optimum wäre.

Warum in den vorliegenden Aufsätzen Weizsäckers der bestehende Unfriede, dessen eigentliches Wesen gar nicht im Krieg, sondern in der politischen Unterdrückung und in der sozialen Ausbeutung liegt, nicht definiert wird, weshalb der Verfasser nur abstrakt von atomaren Gefahren oder Hungersnöten redet, also nur sekundäre Phänomene ins Licht rückt, — läßt sich durch einen Blick auf seine politische Konfession, inkarniert in seinen anthropologischen Thesen, erläutern. Ihre Aussagen kommen einem Bekenntnis zur kapitalistischen Anarchie gleich, da Weizsäcker den politischen Unfrieden, den er beseitigen will, nicht einmal in Beziehung zur gesellschaftlichen Organisation politischer Gebilde setzt. Die für den Verfasser typische politische Hilflosigkeit und die daraus resultierende Entschuldigung einer als schicksalhaft mißdeuteten Gewalthaftigkeit der Politik, ergibt sich aus einer „Wahrheit der Theologie"[6]), findet ihren Grund in einer im Menschen angeblich angelegten existentiellen Bösartigkeit. Die hier vertretene Skepsis gegenüber dem Menschen als gesellschaftlichem Wesen, die sich geschichtlich vor allem als politischer Ausdruck des Pietismus findet und beim Pfarrerssohn Thomas Hobbes seine politisch-theoretische Formulierung fand, verdüstert für Weizsäcker die Analyse der eigenen Analysen und läßt ihn den schon von NIETZSCHE aufgedeckten Trugschluß der europäischen Geistesgeschichte vergessen: nämlich die Hypostasierung von negativen geschichtlichen Tatsachen in wesenhafte Gründe. In bewährter und für die Ideologie des kapitalistischen Systems notwendiger Manier wird jetzt die Schlechtigkeit der Welt, werden Ungleichheit und Ausbeutung einer transzendentalen Schuld des Menschen in die Schuhe geschoben, wird die irdische Auflehnung als Anmaßung abgetan. Damit aber kann die Machbarkeit und Endlichkeit der Welt negiert und die Fortdauer des schuldhaften Verhaltens legitimiert werden.

Deswegen ist es nur konsequent, daß bei Weizsäcker nicht allein der Friede objektiv als bloße Notmaßnahme bezeichnet wird, sondern daß auch der Zustand, der Friede heißen soll, eigentlich nur in Form eines technokratischen Terrors, als zwanghafte Schlichtung unhaltbarer Mängel, als Übermacht der Gewalt gegenüber unterprivilegierten Nationen oder Volksschichten konzipiert wird. Friede läßt sich scheinbar nur im weltweiten Polizeigriff schaffen. Terror wird Wesen des Friedens, ein globaler Leviathan wird also in Deutschland kurz nach Carl Schmitt wieder Angelpunkt dieser Friedensillusionen. Weizsäcker, wie übrigens auch Georg Picht, argumentiert eben nur von einem weltinnenpolitischen Notstand aus, konstruiert einen „Ausnahmezustand", der einen Gewaltfrieden nicht nur legalisiert, sondern — um eines Lebens „in Ordnung" willen — Gewalt auch monopolisiert.

Krieg trotz Friede

Weizsäckers Bekenntnis zur Gewalt ist Folge eines sich über seiner verqueren Anthropologie wölbenden irrationalen Geschichtsbildes[7]), das fröhlich die negativen Topoi der Vergangenheit nicht in Bezug zu veränderbaren gesellschaftlichen Umständen setzt, sondern sie platonisch „idealisiert". Bewußtsein und Sein haben bei Weizsäcker durchaus nichts miteinander zu tun, Politik und wirtschaftliche Interessen noch weniger, ebenso wie der in allen seinen Schriften projizierte Friede und der Vietnamkrieg unvermittelt miteinander harmonisieren.

Da sich die Erde im Sinne eines solidarischen Friedens angeblich nicht humanisieren läßt — sonst müßte Weizsäcker ja Revolutions- und nicht entschuldigende Friedensforschung zu einem Zeitpunkt treiben, wo sein Friede für 80 Prozent der Menschheit Erhalt des status quo bedeuten würde —, da deswegen auch nicht daran zu denken ist, durch gerechte Erstellung der Gleichheit die gesellschaftlichen Anlässe des Krieges zu vermeiden, schreibt er Kriege einem sozialdarwinistischen „ewigen Krieg" zu, der sich zwar atomar bändigen und kompromißhaft zügeln läßt, der aber an sich selbstexistent zu sein scheint. „Das Entsetzen vor dem Krieg", führt Weizsäcker aus, „ist gewiß so alt wie die Menschheit. Ebenso alt aber ist auch die Erfahrung, daß ... Krieg als letztes Mittel der Politik ... nicht aufhört".[8]) Deswegen muß eben die Gewalt zur Verhinderung der Kriege ultima ratio regorum bleiben. Weizsäcker kann daher schreiben, daß in der technischen Welt „die Gesetze (des) Funktionierens nicht minder erbarmungslos sind als die des Lebens in der Natur".[9]) Diesen Lebenskampf will der Autor im innerstaatlichen Bereich durch Planung[10]) sublimieren. Er betont, „Mensch und Plan haben einander gegenseitig nötig".[11]) Nur Planung garantiert heute noch „Ordnung", ein Lieblingswort Weizsäckers, das sich bei ihm zu einem politischen Wert aufbläht und doch ein Leerbegriff bleibt. Zwar heißt es, daß zur „Ordnung" Freiheit vonnöten sei. Aber leider erweist sich auch die von Weizsäcker vorgestellte Freiheit als politische Hohlform. „Der Begriff der Freiheit ... wurzelt (nämlich) in der Freiheit, die der Mensch selbst als Person hat, als einsichtiges Wesen gegenüber den Antrieben seiner eigenen Natur".[12]) Angewendet auf den Raum der Politik entzieht diese lyrische Umschreibung von Freiheit nicht nur einer Definition der Klassenwirklichkeit, sondern auch allen sonstigen soziologisch-gesellschaftlichen Analysen den Boden. Diese Aussage steht in ihrer Unbestimmtheit in Reih und Glied mit Weizsäckers Einschätzung der kapitalistischen Politik, die bei ihm so moralisch klingt, wie sie sich darstellt, die ideologisch nur insoweit erfaßt wird, als sie angeblich

auch, wie der Sozialismus, „Modelle eines erhofften Weltzustandes ... impliziert".[13]) Gleichzeitig mutet diese Freiheitsaussage vor dem Weizsäckerschen Monument eines irrationalen Spiels der Weltpolitik und ihrer „Verstrickungen" eigenartig verloren an. Aber sie erhält ihre politische Würze, wenn man bedenkt, daß Weizsäcker die Ordnung dieser Welt, das heißt, das in den westlichen Industrienationen noch unkontrollierte Spiel wirtschaftlicher und damit auch politischer Sonderinteressen — als den natürlichen Zustand hinnimmt. Weizsäcker ist also gerade dann nicht unpolitisch, wenn er abstrahiert, wenn er in seinen Untersuchungen tunlichst Ausbeutung, Unterdrückung, Profit oder Revolution nie erwähnt, wenn er also in seinen Arbeiten absieht von sozialen oder wirtschaftlichen Motiven als Beweggründen menschlichen Verhaltens. Diese Sterilität wird eben politisch, da sie eine Ordnung der Haves konzipiert, die den Havenots aufgezwungen werden soll, da sie dem Aufschrei der Erniedrigten gönnerhaft den Mund stopft, da sie den Unterdrückten die gerechte Forderung nach einer Überwindung des Bestehenden nicht zubilligen will. Der Andere als das Opfer der eigenen Politik taucht daher in der ganzen Argumentation Weizsäckers nicht auf.

Im Rahmen dieser Denkweise erkennt man, daß für Weizsäcker auch im innenpolitischen Bereich Gewalt vorhanden und monopolisiert sein muß, damit die Herrschenden, die bisher Kriege und gesellschaftlichen Unfrieden — als eigentlichen Grund der Kriege — bewußt verschuldeten, „in der Ordnung" verharren können. Weizsäcker schreibt daher: „Ein gewisses Maß an Macht ist notwendig, um die Ordnung zu garantieren, ohne welche Freiheit nicht existieren kann. Freiheit existiert nur, wenn Ordnung da ist und nicht, wenn Ordnung zerstört wird."[14]) Wer diese „Ordnung" regiert, bleibt für den bürgerlichen Demokraten Weizsäcker hübsch nebensächlich, unwichtig ist auch, ob diese „Ordnung" anderswo Grund des politischen Unfriedens wird.

Weizsäckers Anthropologie einer biologischen Schlechtigkeit erfüllt ideologisch einen zwiefachen Zweck. Sie legitimiert Kriege — und der Zustand des bellum omnium contra omnes erklärt die notwendige Machtstruktur der Ordnung nicht nur im Inneren der Staaten, sondern entschuldigt auch ein Bild der gewaltsamen Friedensherstellung im globalen Bereich. Dabei verliert der Verfasser völlig die gesellschaftlichen Machteliten aus den Augen, die am Erhalt des Unfriedens interessiert sind, ihn ausnützen, und die damit einen Zustand, der Kriege erträgt, bewußt prolongieren. Das heißt weiter, Weizsäcker übersieht die Interessenhaftigkeit dieser Eliten, er billigt ihnen ohne weiteres eine Moralität zu, erklärt sie sogar „um des lieben Friedens willen" für berechtigt, mit welchen Mitteln auch immer, „die Geschicke von 3,6 Milliarden Menschen faktisch zu lenken"[15]).

Balance of Horror

Daher, das ist jetzt einsichtig, bleibt auch außenpolitisch Krieg ewiges Schicksal, mit anderen Worten: kann nur mit Gewalt, die einer globalen Zentralinstanz zugeschanzt werden muß, mit Waffengewalt Frieden werden. Während aber im Modell Weizsäckers innenpolitisch die Machteliten durch die Beseitigung politischer „Konflikte"[16]) ihre „Ordnung" etablieren und dann großartig eine „geplante Freizügigkeit"[17]) gewähren kann, trifft der nationale Herrschaftsanspruch im äußeren Bereich dauernd auf ohne Krieg nicht zu beseitigende Machtgruppen.

Nach dem II. Weltkrieg ist das klassische „Konzert der Mächte" in einer Sackgasse gelandet, in ein atomares Patt geraten. Zum einen haben, laut Weizsäcker, zwei Supermächte alle Konkurrenten aus dem Feld geschlagen. „Rußland und Amerika

spielen gegeneinander eine Schachpartie und müssen", wie der Autor so nett schreibt, „die im Zimmer umhertollenden Kinder hindern, das Brett umzuwerfen"[15]. Zum anderen haben sie aber auch vereint ihre Anstrengungen, die „Welthegemonie" zu errichten, durch die Kriegstechnik selbst in Remis gesetzt, wobei allerdings jede neue Erfindung diese Situation ins Gleiten bringen kann.

Daß auch der Kommunismus, der dem Leser völlig undifferenziert entgegentritt, eine „Welthegemonie" im bürgerlichen Sinne anstrebt, daß auch er und die Revolutionäre der Dritten Welt im Sinne traditionell privatnütziger Machtinteressen Kriege führen, — setzt Weizsäcker, der nur minimale politisch-historische Kenntnisse nachweist, im Sinne seiner Theorie des biologischen Machtwillens der Individuen, das heißt à la Ranke auch der Staatsindividuen voraus. Der „Gegner" wird eben automatisch mit den eigenen Attributen katalogisiert. Daher umschreibt Weizsäcker ihn mit weitgehend irrationalen Begriffen, streicht somit seine Gefahr heraus, wobei die festgestellte äußere Gefährdung nun eine innere Verkriegung gestattet, ja sogar notwendig macht. „Die Gefahr der (kommunistischen) Auffassung liegt in der eschatologischen Gewißheit ... Sie höhlt dadurch den Wert friedlicher Vereinbarungen aus."[16]) Weizsäcker kann jetzt schlußfolgern: „Zwischen der kommunistischen Erwartung der Weltrevolution und dem westlichen Begriff der Freiheit ist aber ... nur eine vorübergehende Entspannung möglich." So muß „auch diese Erwägung", setzt der Verfasser hinzu, „die Vertreter der Politik der Freiheit vor der Meinung warnen, Entspannung sei ... ein Gut in sich selbst"[17]).

Weizsäcker findet jetzt zu einem Lösungsvorschlag, der zum Weltfrieden führen soll. Er ergibt sich weniger aus der Furcht vor der Zerstörung in einem Atomkrieg oder aus der Pattblockade der Großmächte. Er entspringt hingegen einem Appell an die „Moral der Großen", aus der verfahrenen weltinnenpolitischen Situation die Sachkonsequenz zu ziehen und im Sinne einer Komplizenschaft die beiderseitige Macht zusammenzufügen, um Ordnung zu schaffen. Da im Sinne von Weizsäcker beide Machtgruppen letztlich gleich strukturiert sind, ihre ideologischen Wehen vor dem Drängen der gemeinsamen Interessen verblassen, — muß ihnen doch an einer „Ordnung" gelegen sein, die Unruhe verhindert, die eine „geordnete" Hegemonie kooperativer Art zementiert, die den Unfrieden gewaltsam erhält. Weizsäcker denkt dabei an einen „bipolaren Machtfrieden", der es den weltpolitischen Kumpels ermöglichen soll, die die Ruhe störenden Konflikte zu unterdrücken und jegliches Aufmucken gerechter Ansprüche der Anderen zu kanalisieren oder gar zu verhindern. Im Sinne des faschistischen Polizeistaatsmodells eines Carl Schmitt, entsprechend globalisiert, schreibt Weizsäcker: „(Es) wird auf die Dauer die Menschheit unter der Technik nicht leben können, wenn nicht eine politische Ordnung der Welt eintritt, in der es eine einzige, übernationale, übernationale Instanz gibt, die das Monopol für Waffen besitzt."[18]) Der Weltfriede, so verkündete Weizsäcker im Oktober 1966, kann „nur durch eine zentrale Polizei garantiert" werden, was „in der Form des äußeren Terrors" geschehen könnte. Weizsäckers ökonomisches Machtbild bezeichnet den Frieden also nicht mehr als Leistung einer offenen Politik der unterschiedlich bleibenden Gesellschaftsfiguren, die politisch sozial in Wettbewerb liegen, anstatt sich unter einem universalen Führer zu informieren. Seine Argumentation dient daher auch der Johnson-Administration seit Monaten zur Rechtfertigung einer dauernden Erweiterung ihres Krieges in Vietnam.

Ein billiger Friede

Weizsäckers Friedensbegriff enthält, um es zusammenzufassen, weder handlungsmäßige noch eine philosophische Überwindung des Krieges. Zum einen trägt dieser Begriff außenpolitische Spuren. Dabei zerlegt er sich in eine kybernetische Determinante, daß Krieg und Frieden „Schicksal" sei; und in ein voluntaristisches Bild: daß — da homo homini lupus — um der Ordnung willen sich die beiden Hegemonialmächte zusammenschlagen und mit Gewalt Ruhe im Hühnerhof der Weltinnenpolitik schaffen müssen.

Hier berührt sich Weizsäckers Friedensbegriff zum anderen mit seinen innenpolitischen Mythen. Es zeigt sich, daß Weizsäcker, der das Phänomen der gesellschaftlichen Interessen nicht zu kennen scheint, das Bestehen der sozialen Antagonismen rechtfertigt, indem er auf eine bloße Ordnung der Politik zielt, indem er Freiheit völlig entideologisiert, indem er Politik technischen Sachgesetzen ausliefert, indem er endlich erst in der ruhigen Ordnung des Profites ruhig den Untertanen Freizügigkeit gewähren will.

Man übertrage dies Friedensbild auf die Weltinnenpolitik — und der Friedensbegriff Weizsäckers entdeckt sich als Stabilisierung des die Gewalt scheinbar erst legitimierenden Unfriedens, der jetzt aller Mittel beraubt werden soll, für sich Frieden in Gerechtigkeit zu erringen.

„Dieser Friede ist (wirklich)", wie Weizsäcker sibyllinisch schrieb, „nicht billiger als der Krieg!"[19])

Sven G. Papcke

Anmerkungen:

1) vgl. u. a. I: Atomenergie und Atomzeitalter, Frankfurt/M. 1956
II: Artikel in: Walter Howe (ed.): Atomzeitalter — Krieg und Frieden, Berlin 1959
III: Hat jeder eine Chance?, in DIE ZEIT, 25. III. 64, S. 6
IV: Bedingungen des Friedens, BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK II (1964), 24 ff
V: Die Zweideutigkeit des Fortschritts und die Frage nach der EINEN Wahrheit, Beilage zum [illegible] (1966)
VI: Mit — Gott oder Geld?, DIE ZEIT, 15. XI. 1966, S. 5
VII: Die Illusion der Sicherheit, ibid 25. XII. 64, 5
VIII: Gedanken über die Zukunft des technischen Zeitalters (7. V. 1965), ed. von der [illegible], Hh
IX: Schachpartie der Großmächte, DIE ZEIT, 7. 1. 66, 3
X: Sachfragen deutscher Politik, ibid, 14. 1. 66, 4
XI: Welche Alternativen haben wir?, ibid, 21. 1. 66, 3
XII: Friede und Wahrheit, ibid, 30. VI. 1967, 52
2) vgl. XII
3) ibid
4) ibid
5) ibid
6) I, 142 f
7) ebend. IX
8) I, 143
9) IV, 29
10) vgl. vor allem VIII
11) I, 136
12) VIII, 19
13) XII
14) VIII, 11
15) vgl. IX
16) vgl. I, 135 ff
17) vgl. VIII
18) IX
19) II, 38
20) ibid., 43
21) VIII, 15
22) I, 145

Auf dem Rücken der Studenten

Der Kampf um das neue Hochschulgesetz

Seit mehreren Jahren wird ein Hochschulgesetz für die Hamburger Universität beraten. Inzwischen liegt der dritte Entwurf vor, von dem allerdings nicht nur die Studentenschaft hofft, daß er noch geändert wird. Die Hochschulabteilung der Schulbehörde und der Akademische Senat scheinen anderer Meinung zu sein.

Obwohl die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind und der Entwurf nicht veröffentlicht ist, soll in einer Kommission der Universität eine Satzung erarbeitet werden, die davon ausgeht, daß der vorliegende Gesetzentwurf bereits maßgeblich ist. Selbstverständlich hat es sich der Akademische Senat nicht nehmen lassen, auch in der Zusammensetzung der Kommission die Herrschaftsgewalt der Ordinarien zu dokumentieren. Neun Professoren, dem Rektor und dem Syndikus stehen nur drei Vertreter des akademischen Mittelbaus und zwei(!) Studenten gegenüber.

Seit 1965 wird der Entwurf in der Hochschulsektion, dem zuständigen Gremium der Schuldeputation, beraten. Diesem Gremium gehören der Präses der Schulbehörde und Abgeordnete aller Fraktionen an. Mit beratender Stimme nehmen Vertreter der Universität, meist Mitglieder des Akademischen Senats und damit auch des AStA-Vorstandes, daran teil.

Die bisherigen völlig veralteten und unzureichenden Regelungen, die bei mehrfachen Änderungen bis in das Jahr 1921 zurückreichen, müssen durch ein neues Gesetz abgelöst werden. Von diesem Gesetz erwartet die Studentenschaft, eine umfassende Reorganisation und Umstrukturierung der Universität. Das Ziel ist nicht nur eine Studienreform und damit eine Anpassung an die modernen gesellschaftlichen Anforderungen, sondern vordringlich eine innere Demokratisierung der Universität entsprechend ihrer Funktion in einem freiheitlich demokratischen Staat.

Zu Recht spricht man von der deutschen Ordinarien-Universität, denn die Ordinarien sind es, die — obwohl nur eine von mehreren Gruppen — in allen Institutionen der Hochschule die Entscheidungen fällen. Gestattet (!) man „großzügigerweise" eine Vertretung des Mittelbaus und der Studentenschaft mit Sitz und Stimme, so wird doch peinlich darauf geachtet, maßgebliche Einflußmöglichkeiten zu verhindern. Mit dem beliebten Hinweis auf die (ordinarienherrschaftliche) „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden", wird jede Forderung nach paritätischer Vertretung als gewerkschaftlich(!), d. h. soviel wie ungemeinschaftlich, sofort zurückgewiesen.

Eine demokratische Organisation der Universität erfordert nicht nur eine paritätische Besetzung der bestehenden Gremien, sondern verlangt, neue Institutionen zu schaffen, die eine demokratische d. h. allseitige Kommunikation innerhalb der Universität über Fragen der Struktur, Forschung, Lehre und Aufgabenstellung ermöglichen. Besonders die Fakultäten sind in diesem Zusammenhang durch ein Departmentsystem zu ersetzen.

Bei der Beratung dieser Fragen in der Debatte um das „neue" Hochschulgesetz, stellte sich nun allerdings heraus, daß die Professorenschaft bestrebt ist, den status quo beizubehalten und zu sichern. Kennzeichnend für diese Einstellung ist die Forderung, das Hochschulgesetz auf einige Rahmenbestimmungen und Programmsätze zu beschränken, die institutionelle Hochschulreform aber der Satzungskommission zu überlassen. Angesichts der fragwürdigen Zusammensetzung dieser Kommission, der mysteriösen Umstände ihrer Einberufung und empörenden Verhandlungsweise, wird jede Spekulation über Absicht und Ziel der Professorenschaft zur Gewißheit. Schon vor Behandlung der Sachfragen dokumentiert so die Universitätsleitung, daß man keineswegs ernsthaft gewillt ist, einen Schritt in Richtung der Umstrukturierung und Demokratisierung der Universität zu tun. Im Gegenteil, indem man von vornherein jedes „partnerschaftliche Gespräch" zu unterbinden trachtet, setzt man alles daran, das bestehende System auch im „neuen Gesetz" zu erhalten. -BL-

Mandat ohne Auftrag?

Überlegungen zum politischen Mandat der Studenten

In der Diskussion um das politische Mandat der Studentenschaft wird oft übersehen, daß es sich nicht nur um ein juristisches, sondern auch um ein politisches Problem handelt. Die Juristen machen in der Regel geltend, daß ein „Mandat" einen Auftrag voraussetzt, „eine Rechtsbeziehung zwischen dem Auftraggeber und dem Beauftragten" (vgl. H. Berner, JZ 22/1967, S. 242—244). Ob die Studentenschaft einer Universität ihren Vertretern Aufträge erteilen kann, läßt sich nicht allein durch die juristisch sachgerechte Auslegung der gültigen Rechtsnormen beantworten. Der politische Akzent der Forderung verlangt nach einer politischen Antwort. Die Studentenschaft bildet hierzulande keine aktiv handelnde Gesellschaft in der Gesellschaft, sondern erscheint als eine Gruppe, der die Mitwirkung an der politischen Willensbildung verwehrt ist.

Das Interesse der Studenten an der Mitgestaltung der gesellschaftlichen Umwelt stößt in der Öffentlichkeit auf dasselbe Mißtrauen, mit dem das allgemeine „Wohlgefühl in der Entfremdung" sich jeder kritischen Infragestellung des Systems verschließt. Auf Grund dieser Abwehrhaltung ist ein Auftragsverhältnis zwischen Gesellschaft und Studentenschaft zur Zeit unglaubwürdig. Andererseits widerspricht die Berufung auf den Sonderstatus des „akademischen Bürgers", um das politische Mandat durchzusetzen, dem Gleichheitsprinzip; sie ist daher verfassungswidrig.

Das studentische Mandat muß jedoch an den Bereich der Universität gebunden bleiben. Die Studentenschaft kann als öffentlich-rechtlich organisierte Körperschaft nur innerhalb eines eigenen Wirkungsfeldes tätig werden. Der Zwangscharakter des studentischen Zusammenschlusses macht eine ausdrückliche Legitimation erforderlich. Ohne das gesetzliche Zugeständnis eines Öffentlichkeitsauftrages wären die Studenten nicht nur in ihrer politischen Willensbildung behindert, sie wären geradezu entmündigt.

Damit gerät das politische Mandat ins Zwielicht. Als „Zwangsvereinigung, die dem vorgeblich unpolitischen Gesamtinteresse aller dienen will" (Nitsch u. a., Hochschule in der Demokratie, Berlin 1965, S. 425) kann die Studentenschaft nur als ständische Interessenvertretung fungieren und muß auf jedes gesamtgesellschaftliches Mandat verzichten. Andererseits wird das Mandat gerade als Antwort auf die repressiven Maßnahmen der akademischen Obrigkeit gefordert. Unter Berufung auf ihre politische Mitverantwortung versucht die Studentenschaft, ihren Anspruch auf Beteiligung bei der Ablassung der neuen Hochschulgesetze durchzusetzen. Solange die Vertreter der Studentenschaft am Prinzip der ständischen Repräsentation festhalten und keine neuen Formen freiwilliger Zusammenschlüsse suchen, bleibt die Mandatsforderung doppeldeutig.

Juristische Aspekte

Die juristische Ablehnung des politischen Mandats geht von dem ideologieverdächtigen Gegensatz von Politik und Sachfragen aus und hat praktisch zur Folge, daß alle Probleme, die man vorher als sachgesetzliche definiert hat, vom Prozeß der Meinungs- und Willensbildung ausgeklammert werden. Die Studentenvertretung wird auf „die sachgerechte Erledigung der ihr übertragenen Aufgaben" verwiesen (Nitsch, S. 425), sie wird zur Behörde und damit zu einem potentiellen Manipulationsinstrument der staatlichen Herrschaft.

Selbst wenn man einräumt, daß die Studentenschaft, juristisch gesprochen, einer „prinzipiellen Zweckbegrenzung" unterliegt, ist damit keineswegs gesagt, „das politische Mandat der Studentenschaft müßte sich direkt aus dem der Studentenschaft verliehenen — eigenen — Wirkungskreis ergeben" (Berner, S. 242). Der Wirkungskreis könnte durchaus außeruniversitäre Bereiche einschließen, sofern die Studentenschaft ihren Vertretern ein entsprechendes Mandat erteilt.

Die „prinzipielle Zweckbegrenzung" beschränkt die Studentenschaft auf die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben. Die grundsätzliche Bindung an vorbestimmte Zwecke schließt selbst die Mitbestimmung der Studenten an der Bestimmung der Ziele und der Wege, über die sie zu erreichen sind, aus. Nimmt man den Selbstverwaltungsgedanken wörtlich, ergibt sich eine Beschränkung auf bloß administrative Funktionen. Die Studentenvertreter regeln den interuniversitären Verkehr, ohne an der Festlegung der Verkehrsregeln beteiligt zu sein. Die Universität wird zur Enklave, ihre Verbindungsstränge zur Gesellschaft sind abgeschnitten. Das Verhältnis der Studentenschaft zu ihren Vertretungen wird dadurch entpolitisiert, daß streng zwischen der Übernahme von Selbstverwaltungsaufgaben und der Erfüllung politischer Aufträge getrennt wird.

Wenn die Hamburger Studentenvertreter in einer Petition an die Bürgerschaft eine Erweiterung ihres Aufgabenbereichs im Sinne einer Politisierung gefordert haben, bleibt zu bedenken, auf welchen Rückhalt sich die Forderung der Studenten stützen konnte. Es ist jedoch unzulässig, aus einem solchen Schritt zu folgern, die Studentenschaft verlange Vertretungsbefugnis für alle Studenten in allen Fragen der Politik, wie Berner unterstellt, um danach festzustellen: „Eine solche umfassende Befugnis haben weder der Bundestag, der beispielsweise bei Schulfragen nicht Stellung nehmen kann, noch die Landtage" (Berner, S. 244).

Die studentischen Vertretungsorgane beabsichtigen keineswegs, bei allen legislativen Maßnahmen des Bundes und der Länder beteiligt zu werden, sie haben aber fast überall ihre Teilnahme an der Ablassung der neuen Hochschulgesetze, die in die Kompetenzen der Länder fallen, durchgesetzt. Es ist notwendig, zwischen den möglichen Willenskundgebungen, die sich aus einem allgemeinpolitischen Mandat der Studenten ergeben, zu differenzieren. Sie können immerhin von einer bloßen Stellungnahme bis zu gesetzgeberischen Maßnahmen reichen. Entscheidend für den Aussagewert der politischen Entscheidung ist dabei, ob es sich um die Meinung einzelner Studentenfunktionäre oder um die Darstellung des Gesamtwillens der Studentenschaft handelt.

Versteht man die studentische Körperschaft als eine Teilöffentlichkeit, ist damit noch nicht gesagt: „Das politische Mandat einer Körperschaft des öffentlichen Rechts würde die Repräsentation des ganzen Volkes durch die Parlamente in Frage stellen. Die Gleichheit aller Staatsbürger, von der die repräsentative Demokratie ausgeht, wäre beseitigt" (Berner, S. 245). Eine solche „doppelte Repräsentation" läge erst dann vor, wenn das Stimmrecht der Studenten bei einer Wahl auf ihre Vertreter überginge, allenfalls wenn sich die studentischen Vertretungsorgane als Hochschulgruppen bestimmter Parteien begriffen. Wieweit heute von einer Repräsentation des ganzen Volkes durch das Parlament die Rede sein kann, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall erscheint es abwegig anzunehmen, die studentische Körperschaft könne einen erheblichen Einfluß auf die öffentliche Meinungs- und Willensbildung ausüben und auf die Gesetzgebungskompetenzen der Parlamente einwirken. Ein solcher Verdacht übersieht die vielfache Repräsentation des „Volkes" durch die zahllosen Interessenverbände. Die „Zwangsmitgliedschaft" der Studenten sollte ein politisches Mandat nicht ausschließen. Auch die Staatsbürgerschaft, die Voraussetzung zur Teilnahme an der politischen Öffentlichkeit eines Gemeinwesens, ist im Grunde eine „Zwangsmitgliedschaft". Wer mit solchen Argumenten die allgemeinpolitische Verantwortung der Studenten bestreitet, übersieht den politischen Charakter des Studiums und der Studienbedingungen. Er bestreitet die Möglichkeit, innerhalb des marktmäßig organisierten Großbetriebes der Hochschule durch Abstimmungen, Wahlen und Mandatsverleihungen einen demokratischen Prozeß der Willensbildung zu institutionalisieren.

Der politische Student

Eine ausschließlich juristische Erörterung des Themas ist nicht nur ahistorisch, sie zeigt zugleich ein mangelndes Verständnis für die möglichen Auswirkungen, die ein politisches Mandat auf die Demokratisierung der Gesellschaft, vom Modellfall der Universität ausgehend, haben könnte. Hier kann die soziologische Betrachtung weiterhelfen.

Das in der Charta des VDS von 1962 verankerte „politische Mandat" war vor allem auf die Sicherung der Grundrechte „studentischer Meinungs-, Informations- und Bewegungsfreiheit" ausgerichtet. Auf Grund ihrer Verpflichtung zur kritischen Rationalität wurde der Studentenschaft eine spezifische, aber keine höhere Verantwortung für die Gestaltung der Gesellschaft im Sine sozialer Freiheit zugeschrieben. Das politische Mandat war auf die Entwicklung freier Meinungsbildung und -äußerung innerhalb der Hochschule eingegrenzt.

Die Wahrnehmung hochschulpolitischer Belange kann sich jedoch nicht in solchen hochschulinternen Bemühungen erschöpfen. Über die ausdrückliche Gewährleistung der bürgerlichen Grundrechte hinaus muß der Studentenschaft zumindest die Teilnahme an allen Hochschulorganen zugestanden werden, die direkt oder indirekt auf Inhalt und Ablauf des Studiengangs Einfluß nehmen.

Studentischer Politik ist die Grundlage nicht so sehr entzogen, sie ist noch nicht bereitet. Dieser Umstand belastet die Forderung der Studentensprecher nach einem politischen Mandat. Ein Mandat setzt in der Tat einen Auftrag voraus, den der Großteil der Studenten zur Zeit jedoch nicht zu vergeben bereit ist. Solange die Studentenvertretungen Politik praktisch ohne studentischen Hintergrund betreiben, besteht wenig Veranlassung, ihnen eine Befugnis zu politischer Repräsentation einzuräumen. Die Basis einer aktiven Studentenpolitik muß erst geschaffen werden.

Die geringe Beteiligung an den Parlamentswahlen ist nicht nur Ausdruck eines allgemeinen Desinteresses, sondern auch Folge des Abstands zu denen, die „sowieso machen, was sie wollen" und „nichts tun als quasseln". In solchen Äußerungen wird das Ohnmachtsgefühl derer deutlich, die in dem Versuch zur Umgestaltung ihrer sozialen Umwelt ständig frustiert werden. Vollversammlungen, sit-ins, imperative Mandate, offene Kommissionen und Hearings sind Mittel, um eine Studentenschaft zu politisieren, die bisher die Unmöglichkeit objektiver Veränderungen mit subjektivem Unvermögen verwechselt hat.

Nur die Studenten können Auftraggeber für die sie vertretenden Organe sein.

Um die gesamte Studentenschaft in den politischen Lernprozeß einzubeziehen, ist ein fortwährender demokratischer Dialog zwischen Studenten, Parlament und AStA nötig. Die Wirksamkeit des politischen Mandats erfordert, daß den Studentenvertretern von Vollversammlungen bindende Aufträge zu allen hochschulpolitischen Fragestellungen erteilt werden. Damit wird das Absterben der politischen Willensbildung zu bloßer Akklamation verhindert.

Die Willensbildung verlangt nach breitester Informationsbasis. Das imperative Mandat muß ständig erneuert werden, nicht zuletzt, um den Studentenvertretern nicht nur eine Bindung, sondern auch eine Stütze in der Auseinandersetzung mit der Professorenschaft zu geben.

Die Studenten sollten dem „politischen Mandat" bei der Suche nach einem Auftraggeber behilflich sein!

Die Redaktion dankt Herrn Jens Lüten, der mit einem Referat über die Problematik des politischen Mandats, die Grundlage für diesen Artikel lieferte.

Der neue Studienführer

Ein Wintermärchen

Es war am Ende seines Amtsjahres als der damalige AStA-Vorsitzende Detlev Albers von der Universitätsleitung gebeten wurde, für den neuen Studienführer eine Darstellung der studentischen Selbstverwaltung zu schreiben. AStA-Chef Albers tat wie ihm geheißen. Die Feder führte ihm dabei seine Überlegung, daß informationsbedürftige Leser ein Recht darauf haben, nicht nur das zu erfahren, was ist, sondern auch das, was sein soll. So trug diese Selbstdarstellung der Studentenschaft programmatische Züge.

Die Reaktion des Rektorats kam prompt und unmißverständlich: Entschieden müsse man es ablehnen, den Artikel in dieser Form zu akzeptieren; man sei ganz und gar nicht damit einverstanden, daß es beispielsweise zu den Aufgaben der Studentenschaft gehören solle, „für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten".

Offensichtlich darf das politische Mandat der Studentenschaft — obwohl vom AStA bereits praktiziert — nicht auf dem Papier stehen (siehe auch S. 7). Bemängelt wurde außerdem, daß man es gewagt hatte, das Disziplinarrecht der Universität zu kritisieren.

Als besonders ärgerlich aber empfand man offenbar das „gewerkschaftliche Denken" der Studentenschaft, das seinen Niederschlag fand in Formulierungen wie: „... bisher leider nur in den sogenannten studentischen Angelegenheiten" oder „die Interessen der Studentenschaft gegenüber der Universität zu vertreten".

Die Drucklegung nahte heran. Albers' kommissarischer Nachfolge-AStA, die Vorsitzenden Helga Bauer und Achim Tippe, hatten, abgesehen von geringfügigen formalen Modifikationen, jede weitere Änderung abgelehnt. In einem Schreiben an das Rektorat gaben sie zu bedenken: Falls der Artikel so nicht übernommen würde, müsse man das als Zensur auffassen. Das Rektorat aber lehnte wieder ab. Der AStA beschloß hart zu bleiben.

Eines Tages jedoch wurde eine gekürzte, abgeänderte Fassung aus Professorenhand vorgelegt. Noch hatte man die Hoffnung auf eine gütliche Lösung nicht aufgegeben. Auch der AStA nicht. Also schickte er den Verfasser seines Artikels als im Zwist mit Professoren erfahrenen Streiter erneut ins Gefecht. Er verhandelte viele Stunden und erreichte am Ende, daß wenigstens der Ausdruck „Demokratisierung der Universität" erhalten blieb. Im übrigen beugte er sich der Zensur — allerdings unter der Bedingung, daß dem verstümmelten Artikel ein Vorspann vorangesetzt würde („Dieser Artikel erscheint in der von der Universität genehmigten Fassung"), um wenigstens dem aufmerksamen Leser klarzumachen, daß die Universität sich scheute, die Meinung der Studentenschaft unzensiert darzustellen.

Kürzlich erhielt der AStA die Druckfahnen, und der Vorspann fehlte. AStA-Chefin Helga Bauer, inzwischen wiederum unnachgiebig, sandte alles zurück mit dem Bemerken, die Abmachung bezüglich Vorspann habe zu gelten und nur unter dieser Voraussetzung sei der Druck genehmigt.

Die Sache wurde zum Politikum. Obwohl angeblich der Druck eilte, wartete man die nächste Sitzung des Akademischen Senats ab, um die Angelegenheit dort zu klären. Der hohe Senat war empört — nicht etwa über die ausgeübte Zensur —, sondern: Programmatische Darstellungen, so hieß es, gehörten nicht in den Studienführer!

Zum Vergleich ein Zitat aus dem zur Zeit gültigen Hochschulführer: „Die Studentenschaft ist kein unabhängiges Glied der Universität, sondern muß stets bestrebt sein, sich auf die ganze Universität, die eine untrennbare Einheit darstellt, einzustellen. Aus dem vertraulichen Verhältnis zwischen dem Rektor mit dem Senat und dem AStA hat sich eine fruchtbare Zusammenarbeit ergeben."

Wie schön! Es scheint also nur ein bestimmtes Programm nicht in den Hochschulführer zu passen. Das der Studentenschaft jedenfalls wollte man nicht. Den als diskriminierend empfundenen Vorspann aber auch nicht.

Gegen die Absicht, den geänderten Albers-Artikel ohne Vorspann drucken zu lassen, legten die Studenten-Vertreter energisch ihr Veto ein. Das sei letztlich des Verfassers geistiges Eigentum. Nein, daran wollte sich der Akademische Senat doch nicht vergreifen. Dann solle man in Gottes Namen die Seite ganz frei lassen, schlugen die Studenten vor. Das wollte man auch nicht. Es hätte zu viel Aufmerksamkeit erregt. So beschloß die wackere Universitätsleitung einen eigenen Artikel über die studentische Selbstverwaltung zu schreiben. Ob der wohl so ganz unprogrammatisch ausfallen wird? Eigentlich müßte es den Herren leicht fallen, denn eine Politik der Restauration kann leicht auf ein Programm verzichten.

So ist das nun einmal in unserer Demokratie; die Herrschenden verfügen über ihre (akademischen) Bürger, die nur solange mitreden dürfen, wie sie sich fügen. Doch neu ist das nicht. Schon Heinrich Heine ... Es gibt da seltsame „Wintermärchen"-Parallelen:

Thema 1: Universität
Die geistige Einheit gibt uns die Zensur,
Die wahrhaft ideelle —
Sie gibt die innere Einheit uns,
Die Einheit in Denken und Sinnen,
Ein einiges Deutschland tut uns not,
Einig nach außen und innen.

Thema 2: Bürgermeister
Es kommt der hoch- und wohlweise Senat,
Es kommen die Oberalten;
Der Bürgermeister räuspert sich
Und will eine Rede halten ...

Thema 3: Polizei
Geh nicht nach Norden und hüte dich
Vor jenem König in Thule,
Hüt dich vor Gendarmen und Polizei,
Vor der ganzen historischen Schule.

- hb -

Rowdies, Gammler und Schmarotzer

Reaktionen der Bevölkerung auf studentische Demonstrationen

Der AStA Hamburg erhielt in den letzten Wochen 108 Zuschriften aus der Bevölkerung, die sich mit dem Thema „Student und Demonstration" beschäftigen. Fünfzehn Briefschreiber befürworten oder tolerieren die Aktionen der Studenten, 93 lehnen sie ab. 49 Schriftstücke waren mit Namen unterzeichnet, 59 anonym. Zweifellos können diese Briefe nicht als repräsentativ für das Bewußtsein der gesamten Bevölkerung angesehen werden. Man sollte sich jedoch keine falschen Hoffnungen machen und glauben, daß bei einer breiteren Untersuchung ein völlig anderes Ergebnis zu erwarten sei.

Positive Briefe

Die 15 positiven Briefe reichen von rückhaltloser Zustimmung bis zu einschränkender Toleranz. Die Schreiber sehen Demonstrationen nicht als Ruhestörung, sondern [illegible] Einzelheiten, besser informiert als die Verfasser der negativen Briefe.

Vorurteile findet man allerdings auch hier genug, zum Beispiel die Entlastung der Studenten durch Belastung nebulöser Gruppen. „Sie (die Studenten in Berlin und Hamburg, Red.) haben bestimmt die Absicht gehabt, in disziplinierter Form zu demonstrieren. Sie haben aber nicht rechtzeitig verhindert, daß diese unreifen Jugendlichen [illegible] die das Herumlungern und Krawallmachen gewohnt sind, sich in Scharen einmischten. So kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei und den traurigen Folgen dieser Zusammenstöße."

Es kann nicht im Sinne der Studenten sein, die „anständige Elite" reingewaschen zu werden, um den Schwarzen Peter einer anderen imaginären Minderheit der Langhaarigen und Bärtigen zugeschoben zu sehen.

Größere Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge beweist folgende [illegible] „Von Seiten der SPD irgendein Verständnis für protestierende Studenten zu erwarten, dürfte solange hoffnungslos sein, als diese Partei nicht — wie ihr kürzlich in einem Artikel gewünscht wurde — ‚ihren Charakter wieder findet'. Wer eine solche Selbstfindung jedoch [illegible] Machtverzicht der SPD innerhalb der heutigen [illegible] Gesellschaftsstruktur hinauslaufen würde, so kann man die Frage der Rückbesinnung der SPD auf ihre einstigen Werte nur als hoffnungslos bezeichnen. Wenn Herr Professor Weichmann den [illegible] Schah-Besuchs einen schwarzen Tag für Hamburg nennt, so spottet er seiner selbst. Mit [illegible] haben die Studenten mit ihrer Demonstration gegen Unterdrückung und [illegible] die Ehre Hamburgs als Stadt eines souveränen ungeknechteten Geistes geradezu gefestigt und sich als von Knechtsgesinnung bzw. Untertanengeist frei gezeigt. Der ‚Notstand der Freiheit', den die SPD gesetzlich mit zu verankern hilft, ist anläßlich des Schah-Besuchs allen Bürgern der BRD — und sicher auch im Ausland — unübersehbar vordemonstriert worden. Falls die bundesdeutschen Wähler daraus ihre Konsequenzen ziehen soll, so hätte Reza Pahlevis Deutschland-Tournee doch noch Gutes gezeugt. Aber selbst das mit der Schah-Reise verknüpfte Spektakel wird den bundesdeutschen Scha- und Schlafbürger nicht aus seiner von der korrumpierten Massenpresse geschützten Wohlstandsruhe aufschrecken." Diese Einsicht bewahrheitet sich leider voll und ganz im folgenden Abschnitt.

Negative Briefe

Von den 93 negativen Zuschriften sind 80 Briefe, der Rest mit Anmerkungen versehene Zeitungsausschnitte. Die Schreiber stammen zum überwiegenden Teil aus dem Kleinbürgertum. Bestimmte Stereotypen wiederholen sich ständig, meist dem Vokabular der Springer-Presse entlehnt. Nach den Hauptmerkmalen kann man folgenden Katalog aufstellen:

1. Ausdrücke für demonstrierende Studenten: Rabauken, Radaumacher, Radaugesindel, Rowdies, Gammler, Schreier, Krawallmacher, Studentenlümmel, Unrolle, Wirrköpfe, Dummköpfe, Hitzköpfe, Rotzjungen, Flegel, Halbstarke, Lausbuben, Unruhestifter, Bürschchen, Schmarotzer, Gesindel, Schweinehunde, Raufbolde, Grüne Bengel, Großmäuler, Provokateure, Nichtstuer, Dreckgesindel, Mob.

2. Besonders unsympathisch an Demonstranten findet man, daß sie wie „Gammler und Provos" aussehen und manche gar Bärte und lange Haare tragen. Diese emotionale Beurteilung nach Äußerlichkeiten findet sich in ca. einem Fünftel der Briefe. — Beispiel: „Schön wäre es übrigens gewesen, wenn bei dem ‚brutalen Vorgehen der Polizei' die Schere verwendet worden wäre, um gewissen lauwarmen Brüdern unter Euch die langen Mähnen abzuschneiden und aus diesen Weichlingen Männer zu machen."

3. Dran schließt sich an, daß Leute, die demonstrieren, einfach schlecht erzogen und unreif sind, schlechtes Benehmen und „keine Kinderstube" haben (Etwa 20 Prozent der Zuschriften). — Beispiel: „Wie kann man sich nur so unreif geben, so unreif denken und so unreif handeln? Euch müßte man noch den Hintern versohlen."

4. Jemand, der unreif ist, kann auch nichts geleistet haben. Die Bemerkung, daß man kein Recht hätte, etwas zu sagen, bevor man nicht „ein Mann" sei oder „echte Leistungen vollbracht" habe, findet sich ebenfalls in etwa 20 % der Briefe. Beispiel: „Setzt Euch erst einmal auf euren Hosenboden und vergeudet (!) nicht die Zeit. Wenn ihr zeigt, daß ihr etwas leisten könnt, dann könnt ihr mitreden."

Sehr häufig werden die Vorwürfe dadurch potenziert, daß „die Studenten einmal Elite sein werden oder wollen". In 25 % der Briefe wird dieses reaktionäre Elitedenken direkt angesprochen, in fast allen klingt es unterschwellig mit. Beispiel: „Armes Deutschland. Ihr wollt doch später mal Rechts- und Staatsanwalt, Studienrat und am Ende sogar Diplomat (?) werden. Und heute — anstatt zu studieren, z. T. von unseren Steuergeldern — benehmt ihr Euch wie Rotzjungen? Armes Deutschland."

6. In fast 50 % dieser Briefe taucht der Hinweis auf die Steuergelder auf, die die Studenten [illegible] häufig in Verbindung mit der Bemerkung, daß es ihnen viel zu gut gehe. Die wirkliche ökonomische Situation der Studentenschaft scheint einem großen Teil der Bevölkerung völlig unklar zu sein. Beispiel: „Es ist so schön Student zu sein. Auf ein paar Semester mehr oder weniger kommt es gar nicht an, man ist verheiratet, hat einen Wagen und wird von allen Seiten unterstützt." — Oder: „Leider werden die Hamburger Steuerzahler durch Senat und Bürgerschaft gezwungen jährlich Millionen für die Universität und Studenten aufzubringen. Andere Universitäten nehmen nicht mehr Studierende auf wie sie unterbringen können, aber in Hamburg wird alles aufgenommen, was studieren will, auch wenn kein Platz ist, dann müssen die Steuerzahler blechen und es wird gebaut."

7. Was sollte man demnach tun? Es drängt sich geradezu auf: Alle Studenten, die demonstrieren oder in anderer Hinsicht nicht „integer" sind, von der Universität verweisen und die Gaststudenten nach Hause schicken. Wie es etwa 10 % vorschlagen. Beispiel: „Wir Steuerzahler verlangen 1. daß alle Studenten, die sich anläßlich eines Staatsbesuches an Demonstrationsumzügen beteiligt haben, sofort von ihren Universitäten entlassen werden, 2. daß in Zukunft alle staatsfeindlichen Demonstrationen notfalls mit Waffengewalt niedergeschlagen werden."

8. Für viele Schreiber ist es ohnehin eine unmögliche Vorstellung, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren, man erreiche sowieso nichts dabei, heißt es. Beispiele: „Wollen Sie sich mit diesem Radaugesindel in Berlin auf eine Stufe stellen, mit Individuen, die, allen akademischen Traditionen zum Trotz, sich mit dem Pöbel auf eine Stufe stellen.

anstatt sich der Mittel des Geistes zu bedienen." Oder: „... aber Sie haben nur das Gegenteil erreicht. Sie fanden nirgends Beifall, sondern sie wurden von allen Männern & Frauen beschimpft, auch die Mädchen wurden m... Mod... essen [illegible]."

9 Ein Teil der Schreiber ist der Meinung, daß durch die Demonstrationen gegen den Schah das Ansehen Hamburgs geschädigt und das Gastrecht verletzt wurde (etwa 30 %). „..., daß ich der Meinung bin, daß Sie das ganze deutsche Volk bis auf die Knochen blamiert haben." Oder: „Was die deutschen Studenten getan haben widerspricht meines Erachtens den primitivsten Regeln der Gastfreundschaft." Nur einem einzigen fiel auf, daß auch die von der Polizei mißhandelten Perser Gastfreundschaft beanspruchen können.

10 Erstaunlicherweise berufen sich viele Briefschreiber auf die Demokratie, vorzugsweise mit dem Hinweis, daß auch die Freiheit Grenzen habe (etwa 12 %). Sie kommen dabei zu so monströsen Schlußfolgerungen wie „Die Auffassung, die der AStA vertritt, ist undemokratisch und verfassungswidrig" oder „Auch Freiheit hat ihre Grenzen. Dieser ehrwürdige Begriff wird immer wieder mißbraucht, so auch in diesem Fall. Was geht uns Persien an?"

11 Damit ist man bei einer weiteren Kategorie. Persien ist weit weg und souverän und geht hier niemanden etwas an. Ihr begegnet man in etwa 25 % der Briefe. Beispiel: „Sie demonstrieren gegen das tyrannische Regime in Persien? Was verstehen Sie überhaupt davon? Sind Sie schon einmal dagewesen? Wer gibt Ihnen überhaupt das Recht, sich in dieser Weise in die Staats- und Gesellschaftsformen anderer Länder einzumischen? Sie hören wahrscheinlich nur darauf, was Ihnen einige wenige persische Studenten in subjektiver und verzerrter Form berichtet haben."

12 Was empfiehlt man den Studenten also? Sie sollen „lernen statt zu demonstrieren" (ca. [illegible] %). Beispiel: „Außerdem machen Sie und der AStA viel zu viel von sich Reden, was einmal lächerlich und anmaßend (!) ist. Anstatt sich dem Studium ganz zu widmen, intensive Arbeit in den Seminaren zu leisten und sich den Examen zu widmen.

13 Retten kann nur eines, die alten Worte „Ruhe, Zucht und Ordnung" [illegible] alle Briefe lassen diese Auffassung erkennen, in ungefähr 25 % wird sie direkt ausgesprochen. Beispiele: „Zu Kaiser Wilhelms Zeiten war der Student ein geachteter Mann und aus besseren Ständen. Heute ist ein großer Teil aus niedrigem Stand und diese bekommen obendrein noch Stipendien." Oder: „Ich [illegible] in diesem Fall für die Zucht und Ordnung auf den Universitäten ein und hoffe, daß in diesem blamablen (!) Falle der Senat gegen Sie und andere Rabauken energische Schritte unternimmt, um sich nicht noch länger von so unreifen bevormunden zu lassen." Oder: „Demut, Bescheidenheit, Fleiß und vor allen Dingen Dankbarkeit sind notwendige Tugenden, in denen Sie sich alle vielmehr üben sollten, anstatt dem Rabaukentum das Wort zu sprechen."

14 Naivität und Zynismus einiger Schreiber man feststellen sich besonders deutlich in Bemerkungen zum Tod von Benno Ohnesorg. Immer wieder finden sich Sprüche wie „Wer sich in Gefahr begibt kommt darin um." (Niemand fragt danach, wie es um eine Demokratie bestellt ist, in der man sich mit Demonstrationen in Lebensgefahr begibt) oder auch „Wo gehobelt wird, da fallen Späne." Oder: „Wenn bedauer eher [illegible] schon eine [illegible] mußte dann besser ein Student als ein Arbeiter, denn so spart der Staat wenigstens Geld und die Autofahrer werden während der Ferien von diesem Anhänger weniger belästigt."

15 Etwa 10 % der Schreiber vertreten sogar die Ansicht, die Polizei sei zu human vorgegangen. Beispiele: „Man hätte ein paar Dutzend von Ihren Studentenlümmeln die Zähne einschlagen sollen, das ist nämlich die einzige Sprache, mit der Sie zur Vernunft gebracht werden können." „Die Polizei hat sehr recht [illegible] streng vorging, noch nicht streng genug. [illegible] Die Rotzjungen sollen wissen, daß Demokratie nie darin besteht, daß jeder tun kann was er will."

16. Schließlich fehlt natürlich auch nicht der Hinweis, daß die Demonstranten Kommunisten seien, vom Osten finanziert und unterstützt. Beispiel: „Wer sich mit den roten Teufeln, Mördern und Henkern verbrüdert, geht daran zugrunde."

Oder „Die Bo... für Ihre Radaudemonstrationen von der SED aus der Ostzone scheint Ihnen ja willkommen zu sein."

Neben diesen 16 Punkten könnten noch viele andere angeführt werden. Auch hätte eine genaue Analyse der einzelnen Zitate den Rahmen dieses Artikels gesprengt. Es bleibt zu hoffen, daß die inneren Widersprüche auch so erkennbar sind, und daß Einzelheiten als Symptome erkannt werden. Das Wort „Demokratie" ist populär geworden in der BRD, sein Inhalt nicht. Die Tendenz ist [illegible] Faschisierung. Der Rest noch latent vorhandenen proletarischen Bewußtseins schlägt sich in armseligen Ressentiments gegenüber den Studenten nieder. Vor den privilegierten Klassen zieht man den Hut. Die Abhängigkeit von Massenmedien — hier besonders von der Springer-Presse — offenbart sich darin, daß sich 13 Einsender darauf beschränken, Zeitungsausschnitte mit Randbemerkungen zu versehen. Sie sind nicht mehr in der Lage, eine eigene Meinung zu artikulieren. Aber auch die anderen haben ihre Lektionen gelernt, manche besser als hier eher es erwarten konnten. Für sie waren die Hamburger Demonstranten mit Messern, Ziegelsteinen und Schlagringen bewaffnet — analog obrigkeitsnaher Hetzpropaganda in Berlin.

Ein Herr Arthur Meyer schreibt: „Anstatt zu lernen, gehen diese sehr oft unreifen Früchte als gemeingefährliche Demonstranten auf die Straße, beschimpfen, belästigen und schlagen anständige Bürger." Die Saat der Entpolitisierung und Verdummung ist aufgegangen.

Rolf Schu[illegible]

Das Gewieher der Reaktion

Stirbt die AKA?

Überall in der Universität wispert und knistert der reaktionäre und autoritäre Geist à la Rousseau: „Zurück zur Obrigkeit!" Statt zu einer Demokratisierung der Universität, kommt es zu ihrer Demaskierung. „Die Verfolgung und Ermordung der AKA dargestellt durch den Verwaltungsapparat des Syndikus auf Anstiftung der Hochschulabteilung" wird zur Zeit an der Universität Hamburg gespielt. Die Studentenschaft ist hierbei in Gefahr, nur die Kulissenschieber zu stellen.

Am 9. Juli 1965 trat die Satzung der „Akademischen Auslandsstelle an der Universität Hamburg" (AKA) in Kraft. Schon am 19. April 1967 aber wurde ihre Auflösung beantragt. Bisher wurde die AKA durch ein „Kuratorium" und einen „Vorstand" geleitet. Im „Kuratorium" als Aufsichtsorgan bestimmten der Rektor der Universität, ein Professor, ein Vertreter der Schulbehörde-Hochschulabteilung und zwei Studenten die grundsätzlichen Richtlinien für die AKA. Im „Vorstand als Exekutivorgan berieten zwei Professoren, der Syndikus (als Schatzmeister) und zwei Studenten über die laufenden Geschäfte. Einem Geschäftsführer konnten gegen eine angemessene Entschädigung — im Augenblick BAT VB — bestimmte Geschäfte übertragen werden.

Die Stiftung finanziert sich nur zum Teil selbst. Die Erträge der eigenen Wertpapiere ergaben 24 000 DM, das Kostümfest brachte 2000 DM und die Studentenschaft zahlte — pro Student 0,45 DM — 17 000 DM (alle Angaben abgerundet nach den vorläufigen Bilanzen des Geschäftsjahres 1966). Zu diesen 45 000 DM gab die Hansestadt Hamburg 100 000 DM. Aber das Geld deckte nicht die laufenden Verwaltungskosten: die vorläufigen Bilanzen für das Jahr 1966 weisen einen Verlust von 20 000 DM auf! Wobei besonders die Verluste des AKA-Clubs von 17 000 DM zu Buch schlagen.

Nach weniger als zwei Jahren also scheint der Hochschulabteilung die Struktur der AKA überholt zu sein. Weshalb diese rührende Eile?

100 000 DM aus dem öffentlichen Haushalt, so argumentiert man, die Verwaltung der sogenannten „Betreuungsgelder" des Auswärtigen Amts, ein häufiger Wechsel in der Geschäftsführung und — dadurch bedingt — geringe Unzulänglichkeiten sind nicht länger tragbar. Ein staatliches Auslandsamt wird anvisiert.

Enthüllt wurde dieser Plan auf Antrag der Hochschulabteilung von der „grauen Eminenz" der Universität, dem Syndikus Herrn Dr. Münzner. In seinen Marginalien zu diesem Plan beließ er es nicht bei den grundsätzlichen Argumenten der Hochschulabteilung. Der Verwaltungsfachmann hängte dem Sensenmann studentischer Initiative einen duftigen Mantel weiterer Argumente um:

Die Verwaltung arbeitet rationeller, wenn sie der Hochschulabteilung eingegliedert wird. Dadurch werden auch die Verwaltungskosten geringer, denn neben der Einsparung von Arbeitskräften fände ein „Auslandsamt" im Hauptgebäude seinen Platz. (Die Miete für die bisherige Geschäftsstelle der AKA fiele fort.)

Das Gespinst dieser Argumentation ist leicht zu zerreißen: Wenn es bisher an einem geeigneten Geschäftsführer fehlte, so ist das kein Fehler in der Struktur der AKA, sondern dürfte an der unzureichenden Bezahlung liegen. Trotz des Handicaps einer unstetigen Geschäftsführung sind bisher nur einmal Gelder nicht rechtzeitig abberufen worden. Nach Dr. Münzners Ansicht könnte die Hochschulabteilung ohne Neueinstellung die neuen Aufgaben bewältigen. Das hieße, daß die Hochschulabteilung ein Wasserkopf wäre, und man das Organisationsamt auf diese Fährte setzen könnte. Überhaupt bleibt rätselhaft, wie ein Defizit verschwinden soll, wenn es in den öffentlichen Haushalt übernommen wird . . .

Es sind Äpfel des wiehernden Amtsschimmels, die den Studenten vorgesetzt werden. Der Dampf dieser Äpfel sollte das ohnehin verkümmerte Mißtrauen der Obrigkeit gegenüber nicht noch mehr einlullen! Der Tag scheint nicht mehr fern, wo alle Studenten wie satte Säuglinge statt „an den Brüsten der Weisheit" an denen der Bürokratie liegen. Wer dann nicht artig ist, bekommt kein Happa-Happa, sondern nur Schrappi oder gar nichts. Das Gewieher des Amtsschimmels darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei besagtem Plan um eine eminent politische Restriktion handelt! Denn:

Ein „Auslandsamt" bestände aus einem „Senatsausschuß für Auslandsbeziehungen". Zwei Studenten hätten hier ihre Ansicht gegenüber dem Senatsbeauftragten, sechs Professoren, je einem Vertreter der Privatdozenten und apl. Professoren und gegenüber dem Syndikus zu vertreten. Fazit: 2:9 gegen die Studenten! Im weiterhin geplanten „Unterausschuß für das Auslandsamt" stünde es 2:3 gegen die Studenten. Die Gelder des Auswärtigen Amts werden von einem sogenannten „Leiter" verwaltet. (Die weitere Untergliederung ist zweitrangig.)

Das bedeutet: In einem Auslandsamt wird die personelle Mitwirkung der Studenten auf ein Minimum reduziert, wird die faktische gleich Null, da es für sie keine Finanzkompetenzen mehr gibt. In Zukunft entschiede allein die Hochschulabteilung, wann wer wieviel wofür bekäme!

Verdächtig ist auch das Wort „Betreuung", das im Entwurf zweimal auftritt. In welcher Form sollen ausländische Kommilitonen „betreut" werden?

Bedenken hat schon der WUS (World University Service) angemeldet. Er sieht seine fundamentalen Arbeitsgebiete gefährdet. Zu einer internationalen Solidarität der Hochschulen kann es nämlich für den WUS vor allem nur durch „partnership" und „international education" kommen. Beide Begriffe beinhalten Solidarität auch in Fragen des politischen Engagements! Bisher wurden die Gelder des Auswärtigen Amts von einem „Koordinierungsausschuß" (Vertreter der KSG, ESG, AKA und des WUS) je nach Bedeutung verteilt. Es ist zu befürchten, daß ein geplanter „Leiter" nur für bestimmte Veranstaltungen Gelder bereitstellen würde!

Das Prädikat „wertvoll" erhielten dann wohl: Kaffee und Kuchen, Ringelpitz mit Anfassen und Alsterrundfahrten mit anschließendem Blick vom Michel. Nicht einmal tröpfeln dürfte der Geldhahn für: Information über das Ausländergesetz, Demonstration für die Menschenrechte. Ziel wäre es sicher, das „zoon politikon" zu einem „homo ludens" umzuwandeln.

Da die Stiftung sich laut Satzung nicht gegen die Stimmen der Studenten auflösen kann, besteht theoretisch die Möglichkeit, daß Stiftung und Auslandsamt parallel nebeneinander bestehen könnten. Offen wäre dann aber die Abgrenzung des Kompetenzenbereiche. Auf jeden Fall könnte die Stiftung mit ihren kümmerlichen 45 000 DM niemals mit dem theoretisch unbegrenzten Fonds eines Auslandsamts konkurrieren.

Kein AStA jedoch dürfte sich für eine solche Kümmerexistenz einsetzen. Wenn Worte wie „Demokratisierung der Universität" und „universitas" im Sinne der „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden" nicht zu Gedankenmarmelade verarbeitet werden sollen, muß die Forderung der Studenten nach paritätischer Besetzung der geplanten Gremien erfüllt werden . . . Der drohenden Entmündigung der Studenten könnte sonst nur mit der Errichtung eines eigenen Ausländerreferats geantwortet werden. In eigener Verantwortung geführt, böte ein solches Auslandsreferat ohnehin einen viel größeren politischen und agitatorischen Spielraum als die bisherige AKA. Es ist blanker Hohn wie man die bisherige Zurückhaltung der Studenten zugunsten einer Universität im klassischen Sinne lohnen will. Daß die geplante Umwandlung der AKA ein Sieg der reaktionären Kräfte wäre, sollte jeder Student unter seiner Michelschlafmütze merken!

Arnold Svensson

Der Aufstand geht weiter

Provo ist tot,
Holland in Not!

Nach fast genau zwei Jahren hektischer Aktivität löste sich die Provo-Bewegung in Amsterdam „wegen Verbürgerlichung" auf. Ihre Geschichte ist einzigartig & vielleicht auch lehrreich.

Am 25. 5. 65 verschickte der 22jährige Philosophiestudent Roel van Duyn mit einigen Freunden die „Grundsatzerklärung".

Darin hieß es u. a.:
„Provo ist gegen Kapitalismus, Kommunismus, Faschismus, Bürokratie, Militarismus, Snobismus, Professionalismus, Dogmatismus und Autoritarismus.

Provo fühlt sich vor die Wahl gestellt: verzweifelter Widerstand oder geduldiger Untergang. Provo ruft auf zum Widerstand, wo immer er möglich ist. Provo sieht ein, daß es am Ende verlieren muß, aber die Gelegenheit, diese Gesellschaft noch einmal aus vollem Herzen zu provozieren, will es sich nicht entgehen lassen.

Provo betrachtet den Anarchismus als geistige Quelle des Widerstandes. Provo will den Anarchismus erneuern und unter die Jugend bringen."

Dieses Bekenntnis zum Anarchismus vor allem hat viele Mißverständnisse erzeugt. Man pflegte zu assoziieren: Anarchismus—Terror—Chaos. Tatsächlich wollten sich die Provos — gewaltlos — für die Demokratie in ihrer optimalen (anarchistischen, d. h. radikalliberalen) Form einsetzen, etwas Sand in die Maschine der allzu glatt verwalteten Bürokratie werfen. Die Genehmigungspflicht für Protestdemonstrationen schien ihnen widersinnig; sie verglichen die Ostermarschierer mit Häftlingen, die unter den Augen ihrer Wächter im Gefängnishof herumliefen.

Die erste Schrift & auch die nächste („Provokation Nr. 1: Gut, daß es die Polizei gibt?") fanden wenig Beachtung; aber als sie in ihrer „Provokation Nr. 2" Claus von Amsberg zur persona non grata erklärten & Steckbriefe verteilten, erregten sie Aufsehen; die Presse fiel fast geschlossen über sie her. Für Beatrix' & Claus' Amsterdambesuch druckten sie „Provokation Nr. 3" mit Photos von Carlos („Bewunderer von Hitlerfreund Franco"), Claus („Hitler-Jugend. Sagt über den Judenmord: ‚Wir haben das nicht gewußt'"), Bernhard ("Reiter-SS"). Trotz scharfer Polizeiabsperrung der Brücken landeten einige Pamphlete auf dem Rundfahrtboot.

Am 2. 7. 65 sollte die Monatszeitschrift „Provo" zum erstenmal erscheinen; doch die Polizei drang in die Redaktionsräume ein, beschlagnahmte 150 Exemplare & verhaftete Roel van Duyn & 3 andere Provos. Nur einer konnte sich mit ein paar Heften unter einem Bett verstecken & entging so der Gefangennahme. Provo konterte mit „Provokation Nr. 4: Pressefreiheit? Provo beschlagnahmt!"

Aber Provo provozierte nicht nur durch Worte. Die anarchistische Tat orientierte sich an zwei Vorbildern. Seit Jahr & Tag hatte Robert Jasper Grootveld, 31, jeden Sonnabend, 24 Uhr, auf dem Leidseplein im Rahmen seiner Anti-Nikotin-Kampagne ein Happening veranstaltet. Diesen Brauch übernahmen die Provos, um ihren „Konstruktiven Fahrrad-Plan" zur Verkehrssicherheit, den ersten der „Weißen Pläne", zu lancieren.

Der Erfolg der Provos beruhte nicht nur auf ihrer Fähigkeit, latente anarchistische Instinkte in ein anarchistisches Bewußtsein umzuformen, sondern auch auf der Begabung, kulturell schöpferisch zu wirken. Provo verkörperte den „Aufstand des homo ludens". Roel van Duyn schrieb später darüber: „Wenn Wohlstand und Automation sich durchsetzen, ist die Zeit reif für den Menschen, sich bewußt zu werden, daß der Aufbau materiellen Wohlstandes nur ein Mittel war zu einem Ziel. Zu welchem Ziel? Zum Leben selbst, das heißt für den Menschen: zur Schöpfung. (...) Nur die wirtschaftlich nutzlose Schöpfung, die nicht länger Privileg des Künstlers sein darf, kann uns retten vor Langeweile und drohender Vermassung."

Der einsetzenden Eskalation der polizeilichen Erziehungsmethoden waren die Provos hilflos ausgeliefert, bis Edward 1966 auftauchte. Edward (Motto: Wo Rauch ist, braucht noch lange kein Feuer zu sein), Nachname unbekannt, nach eigenen Angaben 23, nach polizeilichen Schätzungen 17, machte die Rauchwolke, die als Kommunikationsartikel mit den Indianern ausgestorben war, zum Provo-Wahrzeichen, ferner lehrte er die Herstellung von Tränengas, Dynamit etc.

Die Provo-Bewegung war immer gegen die Hauptleiden der ihr nahestehenden Gruppen: Selbstgerechtigkeit & moralisierendes Weltverbesserertum, ebenso gegen dogmatische Kurzsichtigkeit. So wurde sie zur Heimat der Heimatlosen, zum Sammelbecken aller, die nicht mitmachen wollten beim Streben nach dem verchromten Konsumenten-Paradies, die nicht glaubten, daß Befehl Befehl ist & Ruhe die erste Bürgerpflicht. An den Wahlen zum Stadtrat nahm Provo als Liste 12 teil. Das Ergebnis übertraf die Erwartungen: Bernhard de Vries zog ins Parlament ein. Rückblickend läßt sich sagen, daß dieser Erfolg der Anfang vom Ende war. Doch vorläufig sah alles rosig aus: Rauchwolken erhoben sich von königlichen Kutschen, der Weiße Wal tauchte im Rhein auf (ein Zeichen!), die Gefängnisse füllten sich mit Provos, erfolglose Verhandlungen mit der Polizei fanden statt, ein strammer Sprößling führte sich in Paris, ein vergammelter Bastard in Frankfurt, zahlreiche weitere Weiße Pläne wurden vorgebracht, so der Schornsteinplan, der Polizeiplan, der Wohnungsplan, der Schulplan & natürlich der Sexplan.

Doch allmählich stellte sich heraus, daß Provo an Handlungsfreiheit verlor; man hatte die Gelegenheit vergeben, alle Parteien demokratisch (anarchistisch) zu beeinflussen, nun mußte man die Wähler umbuhlen, statt sie zu provozieren, Kompromisse schließen, statt radikal die eigene Meinung zu vertreten; kurz, die Provo-Bewegung mußte sich ein Image zulegen, dem die Provos sich nicht anpassen wollten. Die Krise wurde aufgeschoben, indem Bernhard de Vries zurücktrat; an seine Stelle rückte Luud Schimmelpennink. Doch damit war das Problem nicht gelöst.

Das Ende kam, als der Thronfolger geboren wurde (so jung & schon aktiv in der Politik). Von der klebrigen Welle der Sentimentalität mitgerissen, schickte man „im Namen der Provo-Bewegung" ein Glückwunschtelegramm. Doch die Anarchisten, die kurz zuvor das Van-Heutsz-Standbild („schändliches Monument des Kolonialmilitarismus") gesprengt hatten, wollten sich nicht länger gegenüber der Öffentlichkeit vertreten lassen; sie wollten für sich selber sprechen. So wurde Provo aufgelöst — um des Anarchismus willen. Der Aufstand geht weiter. W. F. Laudi



Gebt ihm eine Chance...
Laßt Euch nicht anstecken vom blöden Gerede,
von der dummen Nörgelei, vom ewigen Rumkritteln einiger Meinungsmacher (Spiegel, pardon, stern etc.)!
Fallt nicht in deren vielstimmig tönenden Klage-Chor ein. Sagt nicht: Der Lübke taugt nicht zum Präsidenten.
Eure Wirtin
der Milchmann,
der Zeitungsjunge? Na bitte.
Schaut Euch doch um. Ist da jeder ideal?
Wir Menschen sind nunmal so. Seht ihn Euch doch an! Kann man ihm böse sein?